

NACHRICHTEN

Proteste gegen Militärparade

BARCELONA: Mehr als 12 000 Militärgegner haben am Samstagabend in Barcelona nach Polizeiangaben gegen eine geplante Parade der spanischen Streitkräfte demonstriert. Zu der Kundgebung hatten linksnationalistische Parteien der autonomen Region Katalonien sowie Gewerkschaften und antimilitaristische Gruppen aufgerufen. Die Kundgebung richtete sich dagegen, dass die spanische Armee ihre Parade zum «Tag der Streitkräfte» am 27. Mai in der katalanischen Metropole abhalten will. Viele Katalanen sehen in den spanischen Truppen eine Art von «Besatzungsarmee». Die Demonstration stand unter der Parole: «Kein Heer verteidigt den Frieden.»

Todesstrafe für Palästinenser

GAZA: Ein palästinensisches Militärgericht in Gaza hat gestern zwei Palästinenser in Abwesenheit zum Tode verurteilt. Ihnen wurde vorgeworfen, Israel bei einem Anschlag auf einen Hamas-Führer geholfen zu haben. Die beiden Verurteilten, Kamal Hammad (54) und sein Bruder Husam (36) sollen nach ihrer Flucht aus dem Gazastreifen im Jahr 1996 in Israel leben. Die Hammad-Brüder waren angeklagt, ein mit einem Sprengsatz versehenes Mobiltelefon Jahja Ajasch untergeschoben zu haben. Ajasch, bekannt unter dem Spitznamen «der Ingenieur», hatte den bewaffneten Flügel der radikal-islamischen Widerstandsbewegung Hamas geführt. Israel bezichtigte ihn, hinter einer Reihe von Bombenanschlägen gegen israelische Ziele zu stehen. Der in das Mobiltelefon eingebaute Sprengsatz war am 15. Januar 1996 von einem israelischen Helikopter aus über Fernbedienung zur Explosion gebracht worden, als Ajasch von seinem gesicherten Haus seine Familie angerufen hatte. Er war nach der Detonation sofort tot.

Neuer Gegner für Hillary Clinton



NEWYORK: First Lady Hillary Clinton hat im Senatsrennen einen neuen Gegner. Nach dem Verzicht des an Prostatakrebs erkrankten New Yorker Bürgermeisters Rudolph Giuliani kündigte der republikanische Kongressabgeordnete Rick Lazio (Bild) seine Kandidatur an. Experten waren sich am Wochenende aber uneinig darüber, ob sich mit dem relativ unbekanntem Politiker die Wahlchancen für Hillary Clinton wesentlich erhöht haben. Zuletzt hatte sie in Meinungsumfragen knapp vor Giuliani gelegen. Der 55-jährige Bürgermeister hatte am Freitag mitgeteilt, dass er sich entschieden habe, seiner Gesundheit Vorrang einzuräumen. Der Kampf um den Senatsitz für den Staat New York, der durch das Ausscheiden des bisherigen Inhabers Daniel Patrick Moynihan frei wird, gehört zu den spannendsten Rennen bei den US-Wahlen im November. Bisher hat sich noch nie eine First Lady um ein solches Amt beworben. Der 42-jährige Rick Lazio aus Long Island gilt im Gegensatz zum polarisierenden und scharfzüngigen Giuliani als eher moderat. Er begann aber seinen Wahlkampf am Samstag mit harten Attacken gegen die First Lady, die er als «stark links stehend» bezeichnete.

Geringe Wahlbeteiligung

ROM: In Italien waren am Sonntag rund 49 Millionen Stimmberechtigte aufgerufen, bei einem Referendum über ein neues Wahlrecht abzustimmen. Damit das Referendum Gültigkeit erlangt, mussten 50 Prozent der Wahlberechtigten plus ein Wähler ihre Stimme abgeben. Bis am Nachmittag waren nach offiziellen Angaben nur wenige Stimmberechtigte zur Urne gegangen. Erst vor einem Jahr war ein Wahlrechts-Referendum wegen zu geringer Beteiligung gescheitert. Neben diesem Referendum wurde über sechs weitere Reformprojekte entschieden; unter anderem über eine Aufhebung der staatlichen Erstattung der Wahlkampfkosten für Parteien.



Kaiserlicher Spaziergang

Der japanische Kaiser Akihito und seine Frau Michiko haben am zweiten Tag ihres Privatbesuchs in Genf die kleine Waadtländer Ortschaft Marchissy besucht. Die 325 Einwohner empfingen die bescheiden auftretenden Gäste herzlich. Der 45-minütige kaiserliche Sonntags-spaziergang durch das Vorzeigedörfchen mit herrlichem Blick auf Berge und Genfersee führte unter anderem am alten Dorfplatz sowie an einer 600-jährigen Linde vorbei. Auch Trachtenträgerinnen sowie bunt geschmückte Kühe kamen zu ihrem Auftritt. Zudem erklärten zwei Ornithologen dem japanischen Kaiserpaar die lokale Flora und Fauna. Ein Apéro auf dem Dorfplatz, an dem rund 250 Personen teilnahmen, rundete den Besuch ab.

Putsch auf Fidschi

Putschisten drohen mit Tötung von Geiseln - Schüsse im Parlament

SUVA: Die Putschisten auf den Fidschi-Inseln haben mit der Tötung ihrer Geiseln gedroht, falls der Präsident des Südsee-Staates die Macht nicht abgibt. Am Sonntag liessen die Rebellen jedoch neun ihrer im Parlamentsgebäude in Suva festgehaltenen Geiseln frei.

Präsident Ratu Sir Kamisese Mara erklärte im Fernsehen, er werde trotz Drohungen nicht auf die Forderungen der Aufständischen eingehen. Mara erklärte auch, dass er sich nicht mit Putschistenführer George Speight treffen wolle. Er hoffe aber immer noch, dass die Krise friedlich gelöst werden könne.

Speight hatte am Freitag mit bewaffneten Begleitern das Parlament gestürmt und Regierungschef Mahendra Chaudry und einige Kabinetsmitglieder, darunter auch Maras Tochter, als Geiseln genommen. Er begründete den Putschversuch mit der angeblichen Benachteiligung der melanesisch-polynesischen Urbevölkerung durch die Regierung Chaudhry.

nettsmitglieder, darunter auch Maras Tochter, als Geiseln genommen. Er begründete den Putschversuch mit der angeblichen Benachteiligung der melanesisch-polynesischen Urbevölkerung durch die Regierung Chaudhry.

Geiseln unter Druck

Der stellvertretende Informationsminister Lekh Ram Vayeshnoi, der am Sonntag zusammen mit anderen Geiseln von den Putschisten freigelassen worden war, berichtete, Minister seien mit vorgehaltenen Maschinenpistolen zur Aufgabe ihrer Ämter gezwungen worden.

Den Geiseln sei das Sprechen untereinander verboten worden. Chaudhry sei von den Putschisten offenbar zusammengeschlagen worden und habe einen Zusammenbruch erlitten, berichtete Vayeshnoi weiter. Im Parlament fielen am Sonntag nach Angaben von Zeugen

Schüsse, als eine Gruppe von 20 Journalisten das Gebäude betrat. Über Tote oder Verletzte gab es keine Informationen. Der in den USA ausgebildete Geschäftsmann Speight bestritt, dass sein Kommando für die Schüsse verantwortlich sei.

Speight hatte unmittelbar vor den Schüssen einer Gruppe von Journalisten den Zugang zum besetzten Parlamentsgebäude gestattet, nachdem der Präsident staatlichen Medien die Veröffentlichung von Erklärungen der Putschisten verboten hatte. Der Sender Fiji TV musste danach alle Kameras rund um das Parlamentsgebäude entfernen.

Opposition für Putschisten

Die nationalistische Opposition schlug sich unterdessen auf die Seite der Putschisten. In einer gemeinsamen Erklärung forderten die Oppositionsführer Präsident Ratu Ma-

ra zum sofortigen Rücktritt auf und warnten vor einem drohenden Bürgerkrieg. Ratu Mara habe «den Kontakt zum Volk der Fidschi verloren».

Die Nationalisten forderten eine Abschaffung der Verfassung und warnten, ein Eingreifen der Armee zur Beendigung des Putschversuches werde einen «umfassenden Bürgerkrieg» nach sich ziehen. Am Samstag hatte die Armeeführung ihre Loyalität mit Premier Chaudhry erklärt.

Chaudhrys Regierung wird von indisch-stämmigen Politikern dominiert. Auch Chaudhry selbst ist indisch-stämmig. Der Regierung wird vorgeworfen, die ethnischen Konflikte im Südpazifikstaat angeheizt zu haben. Indisch-stämmige Fidschianer, etwa 44 Prozent der rund 800 000 Einwohner, stellen die einflussreiche wirtschaftliche Elite des Landes.

Kämpfe in Eritrea

Humanitäre Katastrophe bahnt sich an

ADDIS ABEBA: Die anhaltenden Kämpfe im Grenzkonflikt am Horn von Afrika haben in Eritrea eine Massenflucht ausgelöst. Hunderttausende Menschen flohen aus ihren Dörfern. Zehntausende suchten im völlig verarmten Nachbarland Sudan Zuflucht.

Unterdessen rückte die äthiopische Armee immer weiter in Eritrea vor. Nach monatelanger Waffenruhe hatte Äthiopien vergangene Woche eine neue Offensive gestartet.

Nach Angaben des UNO-Flüchtlingswerkes (UNHCR) flohen bislang mehr als 20 000 Menschen aus Eritrea über die Grenze nach Sudan. Die Zahl gehe auf offizielle Angaben der sudanesischen Regierung und von Hilfsorganisationen zurück, sagte ein UNHCR-Sprecher am Sonntag.

Bisher hätten mehr als 85 000 Menschen in Sudan Zuflucht gesucht, berichtete dagegen der Gouverneur des Bundesstaats Kassala, Ibrahim Mahmud Hamid. Nach Angaben der sudanesischen Zeitung «Achbar El-Jum» kommen jede Stunde weitere 100 bis 150 Flüchtlinge zu Fuss, auf Eseln oder Lastwagen über die Grenze.

Sudanesische Behörden appellierten erneut an die internationale Gemeinschaft, zügig mit Lebensmittellieferungen zu helfen. Durch Dürren und Bürgerkriege ist das ostafrikanische Land selbst völlig verarmt.

Auch in Eritrea selber wurden wegen der Kämpfe inzwischen 550 000 Menschen vertrieben und brauchen humanitäre Hilfe. Dazu

kommen nach Angaben des eritreischen Flüchtlingskomitees 320 000 Menschen, die von der Dürre bedroht sind. Das nordostafrikanische Land hat nur rund 3,7 Millionen Einwohner.

Vormarsch Äthopiens

Auch am Wochenende setzte die äthiopische Armee ihren Vormarsch nach Eritrea fort. Die grenznahe Stadt Omhajer sei bereits am Samstag eingenommen worden, teilte die äthiopische Regierung am Sonntag mit. Rund um die Stadt Teseney etwa 100 Kilometer weiter im Norden sei die eritreische Armee bereits auf der Flucht. Die Gefechte zwischen Äthiopien und Eritrea

hatten sich in den vergangenen Tagen von der Grenze ins Landesinnere Eritreas ausgebreitet. Die beiden ostafrikanischen Nachbarländer führen seit zwei Jahren Krieg um einen rund tausend Kilometer langen Grenzstreifen.

Inzwischen bereiteten sich die USA auf die Evakuierung ihrer Staatsangehörigen vor.

Die US-Botschaft in der eritreischen Hauptstadt Asmara rechnete damit, dass sich rund 300 Personen für die Evakuierung melden würden. Auch Deutschland plante die Evakuierung von Staatsangehörigen. Über ähnliche Schritte der Schweiz war am Sonntag nichts bekannt.



Die äthiopische Armee rückt immer weiter in Eritrea vor.

Neue Unruhen

Nach neuen Ausschreitungen in den palästinensischen Autonomie-Gebieten hat Israels Ministerpräsident Barak eine Reise nach Washington abgesagt. Zudem rief er seine Gesandten bei den Friedensgesprächen mit den Palästinensern aus Schweden zurück.

Barak habe entschieden, die Reise wegen der Lage in Libanon und den Palästinensergebieten zu verschieben, sagte ein Sprecher des Ministerpräsidenten nach einer Krisensitzung der Regierung. Ursprünglich sollte Ehud Barak am Dienstag mit US-Präsident Clinton zusammentreffen. Zudem seien der Minister für Öffentliche Sicherheit, Schlomo Ben-Ami, und der Anwalt Gilead Scher, aus den gleichen Gründen zu Konsultationen aus Schweden nach Israel zurückberufen worden. Israel und die Palästinenser verhandeln seit rund einer Woche in Schweden über Details eines Friedensabkommens, das bis zum 13. September unterzeichnet werden soll.

Barak rief die Autonomiebehörde auf, die notwendigen Massnahmen zu ergreifen, um die Unruhen zu beenden. Israel werde weitere Gewalt nicht akzeptieren. Solange die Palästinenser nicht den Beweis für eine Kontrolle über die Gebiete erbringen werden die Verhandlungen nicht weitergeführt. Die Zusammenstöße von palästinensischen Demonstranten mit israelischen Sicherheitskräften waren vor allem in der Golan-Halbinsel